

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/2010/119

Fachbereich/Amt: I - Kämmerei
Bearbeiter-in/Tel.: Frau Buß / 604-203

Datum: 29.09.2010

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr	25.10.2010	öffentlich
Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr	29.11.2010	öffentlich
Verwaltungsausschuss	07.12.2010	nicht öffentlich
Rat der Gemeinde	14.12.2010	öffentlich

Haushalt 2011

Verfahren

Vorgelegt wird der dritte doppische Haushaltsentwurf nach dem neuen kommunalen Rechnungswesen. Um eine umfassende Information an alle Ratsmitglieder zu geben ist im Ratsinformationssystem zur Einladung ein Haushalt mit allen Konten hinterlegt. Zu den Fachausschussberatungen werden die Daten wie bisher breiter aufbereitet.

In der Sitzung des WuFF am 25.10.2009 sollen wie auch in den Vorjahren noch keine inhaltlichen Beschlüsse gefasst werden, sondern eine grundsätzliche Beratung stattfinden. Der eingebrachte Haushalt soll für die folgenden Fachausschussberatungen als Grundlage dienen und mit den entsprechenden Empfehlungen aus den Fachausschüssen im WuFF am 29.11.2010 erneut zur beschlussmäßigen Beratung vorgelegt werden.

Die Verabschiedung des Haushaltes ist für die Ratssitzung am 14.12.2010 nach vorheriger Beratung im Verwaltungsausschuss am 07.12.2010 vorgesehen.

Ziele und deren Erreichung

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 weist einen Überschuss von 421.700 € aus.

Für die Haushaltsplanung schreibt § 82 Abs. 4 NGO vor, dass der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein muss. Dieser Vorgabe wird der vorliegende Entwurf gerecht, der mit einem Überschuss in Höhe von 421.700 abschließt. Die Grundvoraussetzung für eine ordnungsgemäße Haushaltsführung ist damit erfüllt.

Weiterhin verpflichtet § 82 Abs.4 NGO die Gemeinden, die Liquidität und die Investitionsfinanzierung sicher zu stellen. Die Sicherstellung der Liquidität ist ein fortwährender Prozess und kann nicht vorrangig über den Haushaltsplan geschehen. Letztlich bedeutet dieser Grundsatz, dass die Gemeinde nicht mehr Zahlungsmittel in Anspruch nehmen darf als ihr aus eigener Finanzkraft zur Verfügung stehen. Nach § 82 IV NGO kann die Aufnahme von Liquiditätskrediten nur der Ausnahmefall zur Überbrückung eines kurzzeitigen Liquiditätssengpasses sein. Wenn der Finanzhaushalt aber insgesamt ein negatives Finanzierungssaldo ausweist, deutet dies auf eine dauerhafte Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten hin. Da wir durch den schlechten Haushalt 2010 zum Jahresende 2010 einen Liquiditäts-

kreditbestand von rd. 3 Mio. € ausweisen dürften, ist es umso wichtiger, diesen Bestand abzubauen bzw. zumindest nicht weiter anwachsen zu lassen. Der Haushaltsplan 2011 sollte also ein positives Finanzierungssaldo ausweisen. Dieses Ziel verfehlt der vorliegende Entwurf, der ein negatives Saldo in Höhe von 148.500 € ausweist. Ziel der Etatberatungen muss es sein, auch den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten.

Investitionen sollten neben Zuschüssen vor allem durch Überschüsse im laufenden Haushalt finanziert werden. Ein verbleibender Fehlbetrag ist durch Kreditaufnahmen zu decken. Der laufende Finanzhaushalt weist in den Jahren 2012 bis 2014 teilweise deutliche Überschüsse aus, die zur Investitionsfinanzierung genutzt werden könnten. Diese Zahlen sind aber mit Vorsicht zu genießen, da sie nur durch die Zugrundelegung der wieder sehr optimistischen Orientierungsdaten erreicht werden konnten. Realistischer ist es davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren keine nennenswerten Überschüsse im laufenden Finanzhaushalt zu erwarten sind, so dass das Investitionssaldo (Investive Ausgaben abzüglich investiver Einnahmen) in voller Höhe über Kreditaufnahmen zu finanzieren ist. In diesem Falle sollte das Investitionssaldo die Höhe der jährlichen Tilgung nicht übersteigen, um eine Neuverschuldung zu vermeiden. Unter dieser Maßgabe wurden die Investitionen für die Jahre 2010 bis 2014 geplant.

Bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes zeigte sich, dass dieser naturgemäß aufgrund der Mehreinnahmen im Finanzausgleich (durch die sehr niedrige Steuerkraft im Jahr 2010) und die sich etwas erholenden Steuereinnahmen wesentlich besser ausfallen würde als der „Katastrophenhaushalt“ 2010, aber noch um einiges von der Erreichung der vorgenannten Ziele entfernt war. Grund hierfür ist das weiterhin bestehende Ungleichgewicht zwischen Ausgabebedarf und Einnahmen. Im Haushaltssicherungskonzept 2010 ist ein Weg für eine nachhaltige Verbesserung der Haushaltsstruktur aufgezeigt. Im Haushaltsplan 2011 schlägt es aber nur mit etwa 130.000 € zu Buche (im wesentlichen Personaleinsparungen und Kürzungen beim Zuschuss an die BTG und den freiwilligen Aufwendungen), da ein Großteil der im Sicherungskonzept vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen durch die noch zu realisierenden Grundstücks- und Immobilienverkäufe geschehen soll.

Weitere pauschale Kürzungen der Ausgaben sind in den meisten Bereichen nicht mehr möglich oder sind mit langfristigen Folgekosten (Unterhaltungsaufwendungen) verbunden. Daher musste auch die Einnahmeseite betrachtet werden.

Im ersten Nachtragshaushalt 2010 hatte der Gemeinderat aufgrund des Einbruchs der Steuereinnahmen beschlossen, die Hebesätze der Realsteuern um jeweils 20 Prozentpunkte anzuheben. Diese Anhebung sollte nur für das Jahr 2010 gelten. Ohne eine Beibehaltung der Hebesätze des Jahres 2010 ist aber kein Haushaltsausgleich darstellbar. In diesem Entwurf sind daher die Steuerhebesätze des Jahres 2010 veranschlagt, also

Grundsteuer A	330%
Grundsteuer B	350%
Gewerbsteuer	360%

Bei einer Senkung der Hebesätze um jeweils 20 Prozentpunkte treten folgende finanziellen Einbußen ein:

Grundsteuer A	25.000 €
Grundsteuer B	230.000 €
Gewerbsteuer	370.000 €

Die Aufstellung der IHK über die Hebesätze im Oldenburger Land ist als Anlage beigefügt. Der Anlage ist zu entnehmen, dass auch in anderen Gemeinden die Hebesätze gestiegen

sind. Der Gewerbesteuerhebesatz ist in vielen Gemeinden auf den abziehbaren Satz von 380 % angehoben worden.

Der Landesdurchschnitt der Hebesätze lautet wie folgt:

Grundsteuer A	344 %
Grundsteuer B	356 %
Gewerbesteuer	356 %

Mit dem vorliegenden Entwurf können also der Haushaltsausgleich und die Investitionsfinanzierung gesichert werden. Zur Sicherstellung der Liquidität sind noch Nachbesserungen erforderlich. Haushaltsausgleich und zumindest annähernde Sicherung der Liquidität konnten aber nur durch die Beibehaltung der Hebesätze 2010 erreicht werden.

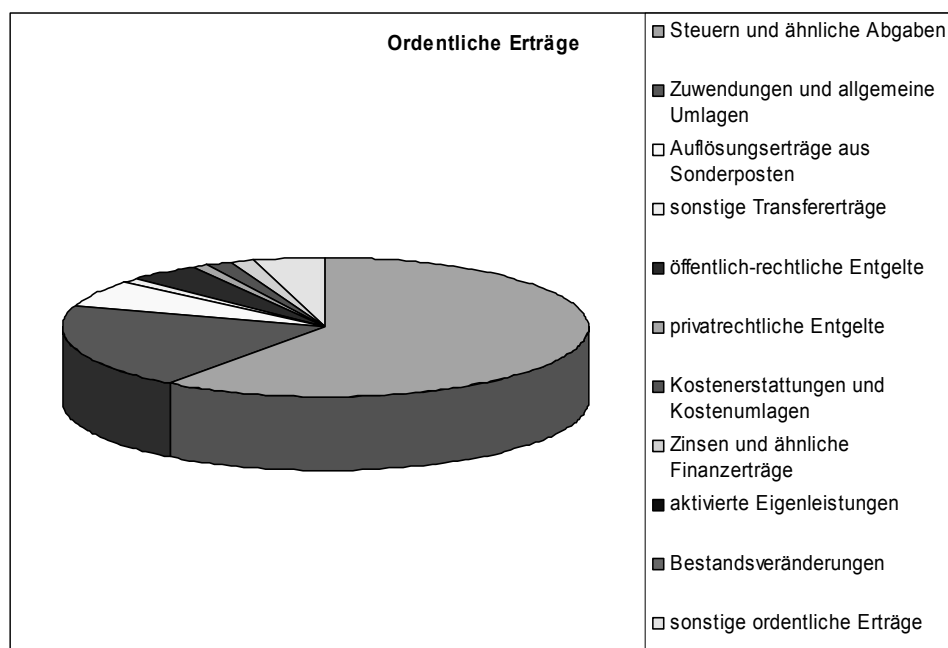
Haushaltsplandaten 2011	
Eckdaten / Ansätze	Nach Ratsbeschluss
Realsteuer-Hebesätze	330/350/360%
Kreisumlage-Hebesatz	34,50%
Grundbeträge FAG (für Hpl. Ansätze)	710,00 €
Vorläufige Grundbeträge vom Ergebnishaushalt	
Gesamterträge	31.839.400
Gesamtaufwendungen	31.417.700
Überschuss	421.700
Finanzhaushalt	
Auszahlungen für Investitionen	4.094.400
Einzahlungen für Investitionen	2.662.000
Kreditbedarf	1.432.400
davon KSBK	560.000
davon Kreditmarkt	872.400
ordentliche Tilgung	1.669.500
Entschuldung (+)	267.100
Schuldenstand (31.12.2010)	33.473.000
Entwicklung ErgebHh	
2012 Überschuss	2.393.800
2013 Überschuss	3.103.700
2014 Überschuss	3.542.700
Entwicklung Finanzhaushalt	
2011	-148.500
2012	362.900
2013	1.006.100
2014	942.200
Entwicklung Schuldenstand	
2011	33.205.900
2012	31.865.500
2013	30.144.100
2014	28.204.000
Entwicklung Stand Liquiditätskredite	
2011	3.350.000
2012	2.987.100
2013	1.981.000
2014	1.038.800

Wesentliche Änderungen im Haushalt 2011

In dem Haushaltsentwurf ist die derzeit noch in der Beratung befindliche Überführung des Baubetriebshofes vom Eigenbetrieb in den Teilhaushalt 68 des Gemeindehaushaltes bereits abgebildet. Die Haushaltsstruktur ändert sich hierdurch. Waren bisher nur die Zahlungen an den Baubetriebshof als Sachausgaben im Gemeindehaushalt dargestellt, werden nun die Personal- und Sachkosten des Baubetriebshofes im Teilhaushalt 68 ausgewiesen. Dies führt u. a. dazu, dass die Gesamtpersonalausgaben im Gemeindehaushalt stark ansteigen. Die Bezahlung der Leistungen des Baubetriebshofes erfolgt nun über interne Leistungsverrechnungen mit den jeweiligen Produkten. Diese internen Leistungsverrechnungen sind jeweils gesondert dargestellt. Die von der Gemeinde an den Baubetriebshof vergebenen Darlehen fallen weg, die vom Baubetriebshof am Kreditmarkt aufgenommen Darlehen sind künftig von der Gemeinde zu bedienen.

Ebenfalls bereits im Haushaltsentwurf verankert ist die angestrebte Änderung der Schulfinanzierung. Die laufende Schulkostenbeteiligung des Landkreises wurde komplett ausgeplant, Investitionszuschüsse sind nur noch für Maßnahmen aus Vorjahren, für die bereits Zuschüsse bewilligt wurden, eingeplant. Auch die Zahlung der vollen Konzessionsabgabe an die Gemeinden haben wir veranschlagt, ebenso wie die Gegenfinanzierung der beiden Maßnahmen durch entsprechende Senkungen und Anhebungen der Kreisumlage.

Ordentliche Erträge des Ergebnishaushaltes



Steuern und ähnliche Abgaben	19.091.000
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.356.200
Auflösungserträge aus Sonderposten	1.967.600
sonstige Transfererträge	398.500
öffentlich-rechtliche Entgelte	1.348.800
privatrechtliche Entgelte	298.600
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	542.200
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	409.700
aktivierte Eigenleistungen	0
Bestandsveränderungen	0
sonstige ordentliche Erträge	1.426.800

Teilhaushalt 10 – Innerer Service

53.1.10.01.351100 - Konzessionsabgabe Strom Ansatz: 1.000.000 €

Bisher hat der Landkreis 55 % der Erträge aus der Konzessionsabgabe Strom erhalten, die Gemeinden 45 %. Nun beabsichtigt der Landkreis, gegen eine entsprechende Kompensation bei der Kreisumlage auf seine Beteiligung zugunsten der Gemeinden zu verzichten. Unser Ansatz für die Konzessionsabgabe Strom steigt so von bisher rd. 450.000 € auf 1 Mio. €.

61.1.10.01.301100 - Grundsteuer A Ansatz: 375.000 €

61.1.10.01.301200 - Grundsteuer B Ansatz: 4.060.000 €

Grundsteuer A wird festgesetzt für Flächen der Land- und Forstwirtschaft, (z. B. Baumschulen, Ackerland, Wald ...).

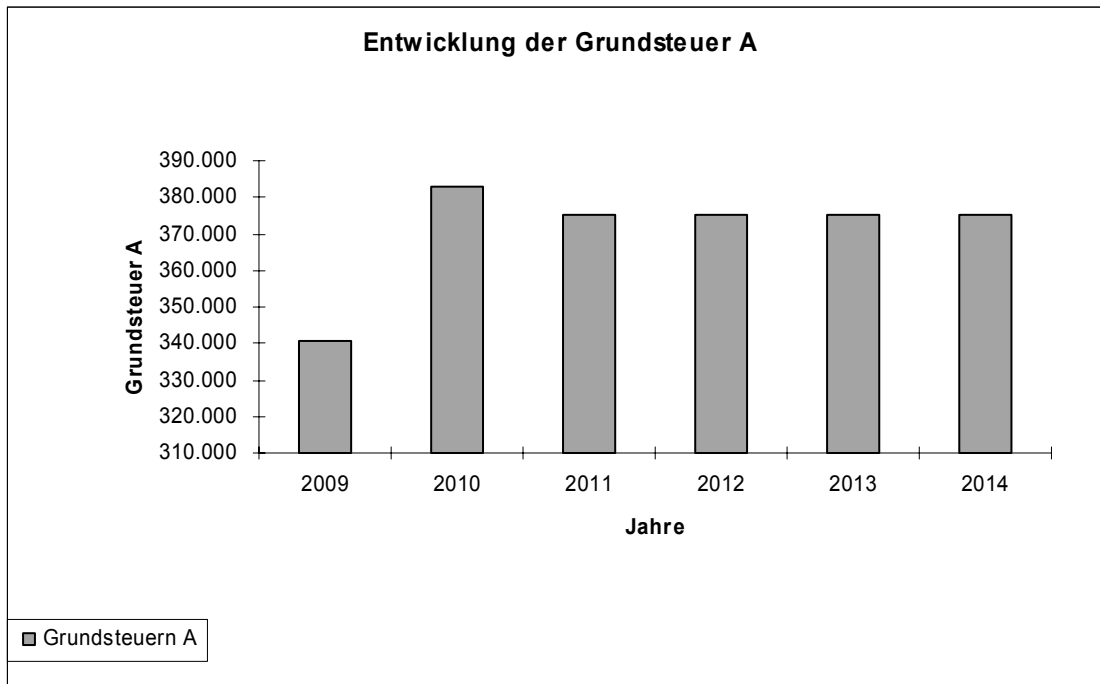
Da bei der Berechnung der Grundsteuer A viele verschiedene Faktoren (Baumschule, Landwirtschaft ...) zum Messbetrag beitragen, kann man kein konkretes Beispiel anführen. Man geht bei einem landwirtschaftlichen Betrieb mit einem nicht aufwendigem Wohnhaus, normaler Tierhaltung, ohne Zupachtung von Flächen bei einem Messbetrag von ca. 7,00 € pro ha aus. Diese Angaben sind aber nur Orientierungswerte.

Sobald Flächen dazukommen, die Tierhaltung sich ändert ..., kann der Messbetrag auf das Doppelte oder Dreifache steigen.

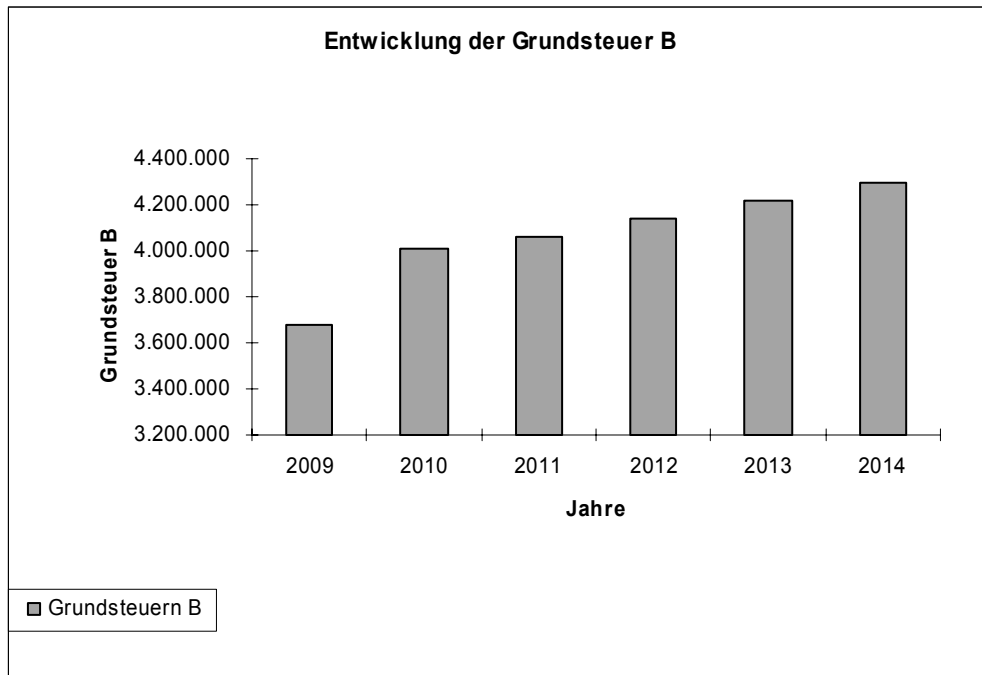
Grundsteuer B wird für Wohngrundstücke erhoben. Durch die rege Bautätigkeit in den vergangenen Jahren sind die Steuereinnahmen kontinuierlich angewachsen. Dieser Zuwachs hat sich aber inzwischen verringert.

Grundsteuer B wird für unbebaute und bebaute/bebaubare Grundstücke erhoben.

Die Ansätze wurden unter Zugrundelegung der Hebesätze des Jahres 2010 ermittelt, also Grundsteuer A 330% und Grundsteuer B 350%. Die Orientierungsdaten prognostizieren für die Grundsteuern einen jährlichen Zuwachs von 2% in den Jahren 2012 bis 2014. Diese Steigerungsrate haben wir bei der Grundsteuer B auch angesetzt. Bei der Grundsteuer A haben wir aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre keine Steigerung eingeplant.



<u>Jahre</u>	<u>Grundsteuern A</u>
2009	340.501 €
2010	383.000 €
2011	375.000 €
2012	375.000 €
2013	375.000 €
2014	375.000 €

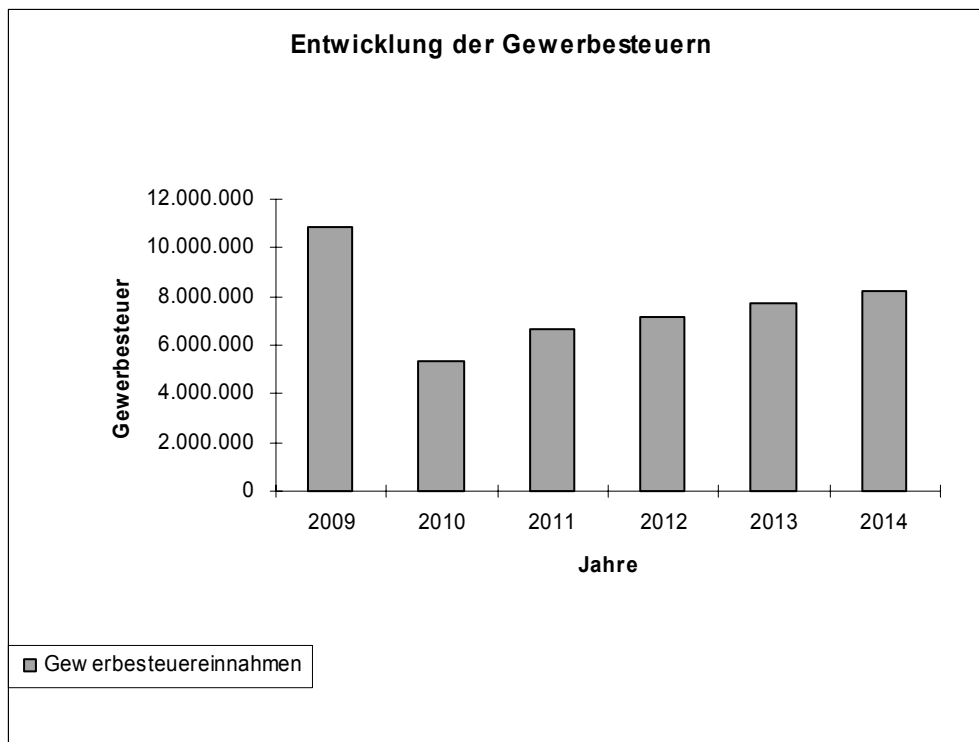


Jahre	Grundsteuern B
2009	3.674.428
2010	4.010.000
2011	4.060.000
2012	4.140.000
2013	4.220.000
2014	4.300.000

61.1.10.01.301300 - Gewerbesteuer

Ansatz: 6.670.000 €

Veranschlagt ist das aktuelle Vorauszahlungssoll bei einem Hebesatz von 360 %. Die Veränderungen in der Gewerbesteuerzahlung durch die Unternehmenssteuerreform 2008 sind inzwischen umgesetzt, für 2011 erwarten wir keine ähnlichen Überraschungen wie sie in diesem Jahr eingetreten sind. Insgesamt betrachtet dürfte sich die Steuerreform eher zu unserem Nachteil ausgewirkt zu haben. Ansatzpunkte für eine optimistischere Betrachtung der Einnahmeerwartung aus der Gewerbesteuer vermögen wir nicht zu erkennen. Für die Jahre ab 2012 wurden die Orientierungsdaten angewandt.



Jahre	Gewerbesteuerereinnahmen
2009	10.854.552
2010	5.360.000
2011	6.670.000
2012	7.170.000
2013	7.700.000
2014	8.210.000

61.1.10.01.302100 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer Ansatz: 6.790.000 €

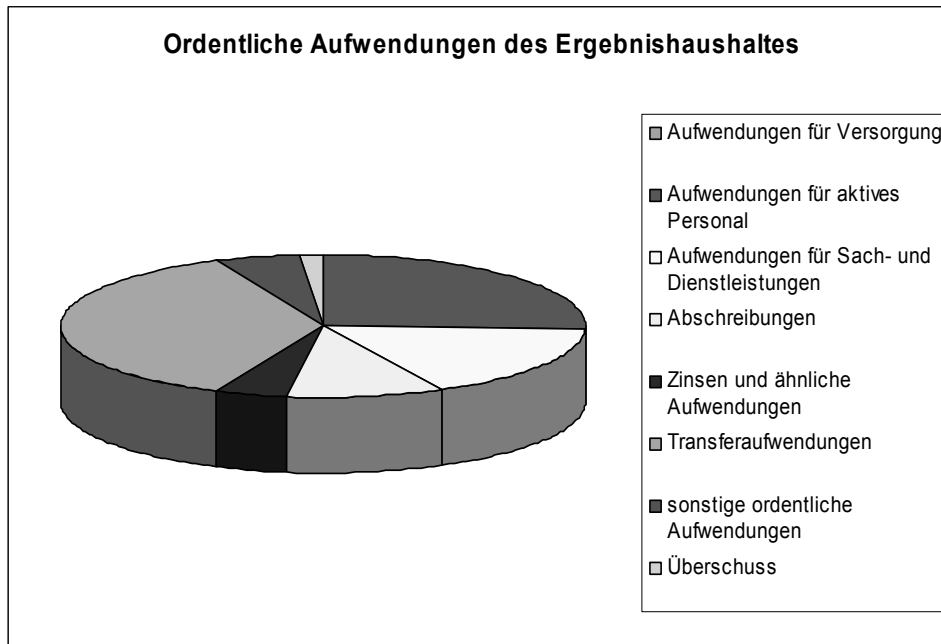
Die Orientierungsdaten sehen trotz ansteigender Konjunktur für 2011 einen Einnahmeverlust von 1,6 % vor. Dieser Prozentsatz wurde vom Ansatz des II. Nachtragshaushaltes 2010 abgezogen. Für die Folgejahre wurden ebenfalls die (sehr positiven) Orientierungsdaten gerechnet.

61.1.10.01.302200 - Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer Ansatz: 836.000 €

Auch hier wurden die Orientierungsdaten gerechnet. Die Steigerungsraten sind bei der Umsatzsteuer etwas moderater.

Aufgrund der geringen Steuerkraft im vergangenen Jahr und des prognostizierten deutlichen Anstiegs der Verbundmasse im Finanzausgleich werden unsere Einnahmen aus dem Finanzausgleich sich im Vergleich zum (auch außergewöhnlich schlechten) Jahr 2010 voraussichtlich mehr als verdoppeln. Mitte November werden vom Land die vorläufigen Grundbeträge für den Finanzausgleich benannt, die für die weitere Haushaltsplanung maßgeblich sein werden.

Ordentliche Aufwendungen des Ergebnishaushaltes



Aufwendungen für Versorgung	0
Aufwendungen für aktives Personal	8.170.300
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.374.800
Abschreibungen	3.104.600
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.434.300
Transferaufwendungen	11.657.700
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.676.000
Überschuss	421.700

Teilhaushalt 10 - Innerer Service

Verschiedene - Personalausgaben

Ansatz: 8.170.300 €

Die Darstellung der Personalkosten verändert sich im Vergleich zum Jahr 2010 insofern, dass die Personalkosten durch die organisatorischen Veränderungen und die Rückführung des Baubetriebshofes in die Verwaltung nunmehr auch in unserem Haushalt gebucht werden. Insofern erhöht sich natürlich der Betrag bei den Personalkosten. Die Gesamtpersonalausgaben im Jahr 2011 belaufen sich auf 8.067.700,00 €. Darin sind die veranschlagten Personalkosten für den Baubetriebshof in Höhe von 1.687.400,00 € enthalten. Um einen Vergleich mit dem Jahr 2010 zu ermöglichen, werden nachfolgend die Personalkosten ohne Baubetriebshof betrachtet.

Die veranschlagten Personalausgaben für das Jahr 2010 beliefen sich auf eine Summe von 6.492.800,00 €. Für das Jahr 2011 wurden Personalkosten in Höhe von 6.480.300,00 € veranschlagt. Somit liegt der Ansatz bei der Betrachtung ohne Baubetriebshof über 12.000,00 € unter dem Ansatz des Vorjahres. Dabei berücksichtigt sind bereits die bevorstehenden linearen Erhöhungen der Tabellenentgelte ab 01.01.2011 um 0,6% und zum 01.08.2011 um 0,5%. Auch berücksichtigt wurde die im Tarifabschluss vereinbarte tarifliche Einmalzahlung für den Monat Januar 2011 in Höhe von 240,00 € für einen Vollbeschäftigten. Die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge ab Januar 2011 wurde bei der Veranschlagung auch entsprechend berücksichtigt.

Eine Berechnung der Höhe des Tarifabschlusses für das Jahr 2011 ergibt einen Betrag in Höhe von 80.000,00 €. Für die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages ergibt sich eine Mehrausgabe in Höhe von 12.000,00 €.

Gegenüber dem Ansatz von 2010 ergeben sich somit durch den Tarifabschluss und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge Mehrausgaben in einer Gesamthöhe von 92.000,00 €. Dennoch liegt der Ansatz noch 12.000,00 € unter dem Ansatz von 2010. Hier zeigen sich deutlich die Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen durch das Haushaltskonsolidierungskonzeptes und den Umstrukturierungen im Zusammenhang mit der Entfristung des Optionsmodells Hartz IV.

In dem veranschlagten Betrag in Höhe von 6.480.300,00 € sind auch die veranschlagten Ausgaben für die Ehrenbeamten (155.000,00 €) sowie die Feuerwehrbeamten (12.000,00 €) enthalten.

Die Personalkostenerstattungen durch den Landkreis für Hartz IV sowie andere Erstattungen, die als Einnahme verbucht werden, sind hierbei nicht berücksichtigt. Für die Darstellung der tatsächlichen Personalkosten ist der Ansatz daher wie folgt zu bereinigen:

Veranschlagte Personalausgaben 2010:	6.480.300,00 €
abzüglich folgender voraussichtlicher Personalkostenerstattungen	
- Hartz IV durch den Landkreis ca.	480.000,00 €
- Programm zur Profilierung der Hauptschule	26.000,00 €
- NiKo	26.000,00 €
- Erstattungen Jugendpflege	31.000,00 €
- Erstattung Familien-Servicebüro	9.000,00 €
Somit ergeben sich bereinigte Ausgaben	<u>5.908.300,00 €</u>

57.5.10.02.431500 - Zuschüsse an die BTG Ansatz: 502.000 €

Das Haushaltssicherungskonzept sieht die Rückführung des Zuschusses im Jahr 2011 von 525.000 € auf 502.000 € vor. Dies haben wir im Haushaltsentwurf nachvollzogen.

61.1.10.01.437200 - Kreisumlage Ansatz: 6.980.000 €

Der Kreisumlagenhebesatz für das Jahr 2010 betrug 38 %. Die Finanzbeziehungen zum Landkreis sollen sich im nächsten Jahr durch den Wegfall der laufenden Schulkostenbeteiligung (Kompensation für die Gemeinden 5,5 Kreisumlagenpunkte), den Wegfall der Investitionsförderung bei Schulen (Kompensation für die Gemeinden 0,45 Kreisumlagenpunkte) und den Wegfall der Beteiligung des Landkreises an der Konzessionsabgabe Strom (Kompensation für den Landkreis 2,4 Kreisumlagenpunkte) ändern. Rechnerisch ergibt so eine Senkung der Kreisumlage um 3,55 Punkte auf 34,45 Punkte. Wir haben den Haushaltsansatz auf der Grundlage eines Hebesatzes von 34,5 Punkten ermittelt. Letztlich wird sich die Höhe der Kreisumlage aber am Finanzierungsbedarf des Kreises orientieren.

61.2.10.01.451700 - Zinsaufwendungen an Kreditinstitute Ansatz: 1.240.000 €
61.2.10.01/1007.792700 - Tilgung bei Kreditinstituten Ansatz: 1.370.000 €

Die Schuldendienstleistungen der Gemeinde sind in den vergangenen Jahren durch geringe Neuauftnahmen, günstige Zinsanpassungen und die endgültige Tilgung mehrerer Alt-darlehen deutlich gesunken. In den kommenden Jahren dürfte sich diese Entwicklung nicht fortsetzen, da kaum Darlehen ausscheiden. Wenn die Neuauftnahmen gering bleiben und das Zinsniveau konstant, dürften die Zinsleistungen in etwa konstant bleiben, die Tilgungs-beträge werden aber steigen.

Investiver Finanzhaushalt

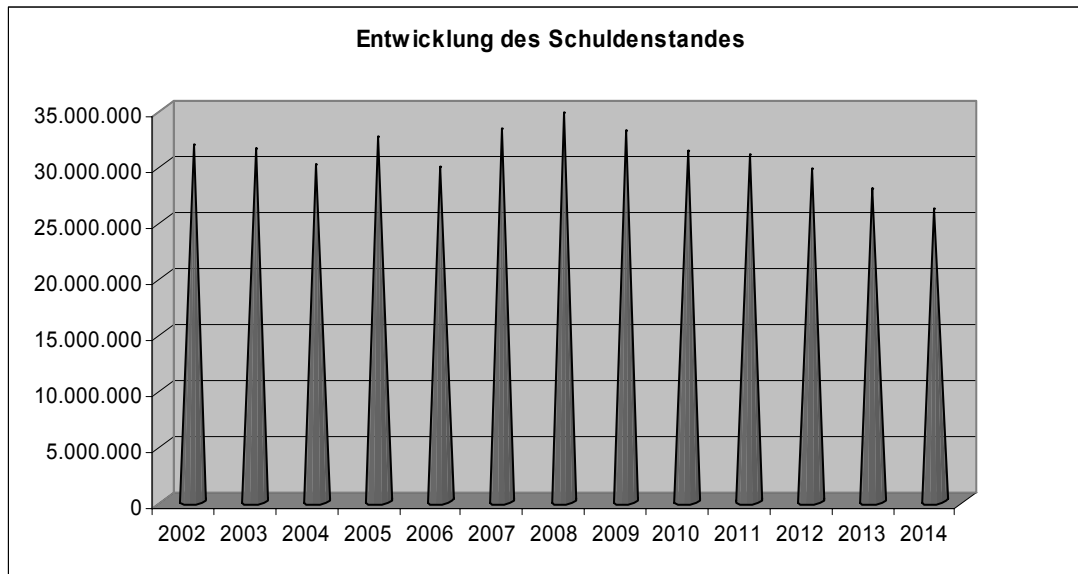
Aufnahme von Kommunal-darlehen

Der Entwurf des Investitionshaushaltes sieht für die kommenden Jahre fast nur die Fortset-zung begonnener Investitionsmaßnahmen vor. Durch diese sparsame Veranschlagung sind trotz der schlechten Situation im Finanzhaushalt nur geringe Kreditaufnahmen erforderlich. Der Entwurf weist folgende Aufnahmen aus:

2011	1.432.400 €
2012	420.000 €
2013	150.000 €
2014	0 €
Summe	2.002.400 €

Hiervon entfallen 1.130.000 € auf Aufnahmen aus der Kreisschulbaukasse und 872.400 € auf den Kreditmarkt. Da in den Jahren 2011 bis 2014 Darlehenstilgungen in Höhe von 7.271.400 € eingeplant sind, sieht der Haushaltsentwurf insgesamt eine Entschuldung der Gemeinde in Höhe von 5269.000 € vor.

Hierbei ist aber zu betonen, dass diese überaus positive Entwicklung nur ein Eintritt der sehr positiven Orientierungsdaten eintreten kann. U. E. ist eher davon auszugehen, dass die Schulden aus Kommunal-darlehen zwar tatsächlich sinken werden, aber in weitaus ge-ringerem Maße.



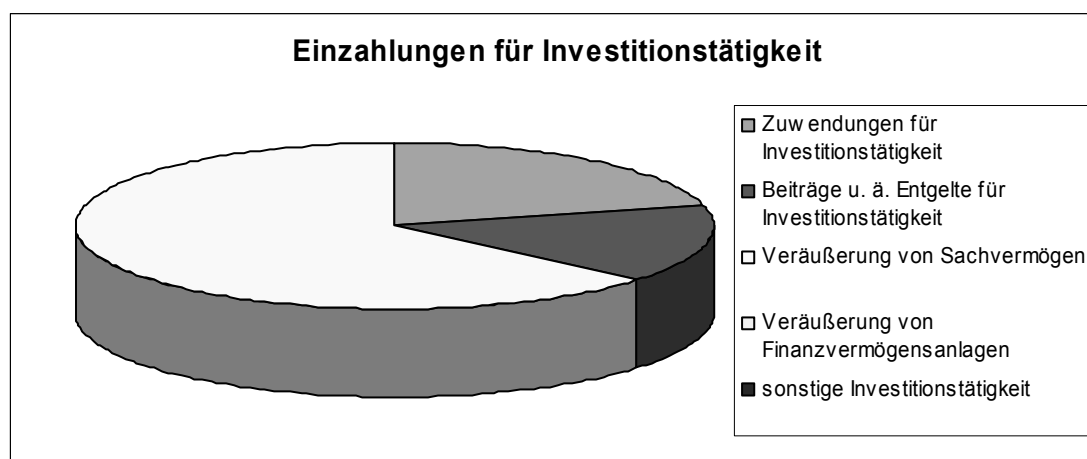
Jahre	Schulden
2002	31.800.000 €
2003	31.400.000 €
2004	30.000.000 €
2005	32.500.000 €
2006	29.700.000 €
2007	33.100.000 €
2008	34.500.000 €
2009	32.900.000 €
2010	31.200.000 €
2011	30.900.000 €
2012	29.600.000 €
2013	27.900.000 €
2014	26.000.000 €

Liquiditätskredite

Gegenwärtig ist davon auszugehen, dass die Gemeinde zum 31.12.2010 einen Bestand an Liquiditätskrediten in Höhe von 3 Millionen Euro haben wird. Nach der Finanzplanung 2011 bis 2014 würden die Liquiditätskredite bis auf etwa 800.000 € getilgt werden. Auch hier ist darauf hinzuweisen, dass diese sehr positive Entwicklung nur bei Eintritt der zu Grunde gelegten sehr positiven konjunkturellen Entwicklung eintreten wird.

Einzahlungen für Investitionstätigkeit

(Soweit die Einzahlungen sich auch auf veranschlagte Auszahlungen beziehen, werden sie bei den Auszahlungen aufgeführt.)



<u>Einzahlungen</u>	<u>€</u>
Zuwendungen für Investitionstätigkeit	556.600
Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	409.400
Veräußerung von Sachvermögen	1.696.000
Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0
sonstige Investitionstätigkeit	0

Teilhaushalt 23 - Wirtschaftsförderung - Liegenschaften

1002 - Grundstückserlöse Wohngebiete Einzahlung: 900.000 €

Die Grundstückserlöse beziehen sich auf die Neubaugebiete „Südlich Vor dem Moor“ in Bad Zwischenahn/Specken (B-Plan Nr. 140), „Südlich der Mittellinie“ in Petersfehn (B-Plan Nr. 145), „Südlich Mastenweg“ in Ohrwege (B-Plan 108) und „Hemeler“ in Dänikhorst (B-Plan Nr. 102). Dabei orientiert sich der Haushaltsvoranschlag für das Neubaugebiet in Bad Zwischenahn-Specken an den Grundstücksverkäufen im Jahr 2010. In den Neubaugebieten in Petersfehn und Ohrwege stehen dagegen nur noch wenige Grundstücke für einen Verkauf zur Verfügung.

1003 - Verkauf kommunaler Liegenschaften Einzahlung: 625.000 €

Im Zuge der Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes stehen zusätzliche Grundstücksverkäufe an, die den Ansatz gegenüber 2010 deutlich ansteigen lassen.

1004 - Verkauf von Industrieflächen Einzahlung: 170.000 €

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen ist in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Der Haushaltsvoranschlag orientiert sich daher an den voraussichtlichen Einnahmen im Jahr 2010.

3039 - Erschließungsbeiträge

Einzahlung: 380.000 €

Die Höhe der Erschließungsbeiträge richtet sich nach den verkauften Wohnbauflächen. Die Berechnung wurde daher in Abhängigkeit von den voraussichtlichen Grundstückserlösen (sh. Maßnahme Nr. 1002) vorgenommen.

Investive Auszahlungen



Auszahlungen	€
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	239.500
Baumaßnahmen	3.285.500
Erwerb von bewegl. Sachvermögen	456.200
Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0
Aktivierbare Zuwendungen	113.200
Sonstige Investitionstätigkeit	0

Teilhaushalt 23 - Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

1005 - Erwerb von Rohbauland

Auszahlung: 120.000 €

Der Haushaltsansatz ist gegenüber dem Ursprungshaushalt 2010 unverändert geblieben.

1017 - Herrichten Plantorgan-Gelände

Auszahlung: 20.000 €

Das ehemalige Plantorgan-Gebäude wird seit mehr als zehn Jahren nicht mehr genutzt. Gespräche mit verschiedenen Interessenten haben gezeigt, dass mögliche Emissionen der benachbarten Gewerbebetriebe einer Verwertung entgegenstehen. Daher sollen im Haushaltsjahr 2011 geeignete Maßnahmen getroffen werden, die eine Veräußerung oder Nutzung des Geländes und/oder Gebäudes ermöglichen.

Teilhaushalt 40 - Bildung, Familie, Kultur und Sport

2016 - Schaffung von Krippenplätzen Auszahlung: 100.000 €

Es stehen für den Ausbau von Krippenplätzen noch Fördermittel aus dem RIK-Förderprogramm bis 2013 zur Verfügung. Hieraus sind weitere konkrete Maßnahmen zu entwickeln.

3013 - Sanierung des Hallenbades Auszahlung: 150.000 €
Einzahlung: 23.400 €

Die Sanierungsmaßnahme wird fortgesetzt. In 2011 soll die Fassadensanierung erfolgen.

3047 - Sanierung der Realschule Auszahlung: 1.300.000 €
Einzahlung: 333.300 €

Die Mittel sind vorgesehen für den III. Bauabschnitt mit einem Gesamtvolumen von rd. 1,3 Mio. €. Für den gesamten Baukörper ist ein Sanierungskonzept über 6,7 Mio. € veranschlagt worden über 5 Jahre; der I. Bauabschnitt erfolgte 2009 (Förderung Ein-Drittel-Zuschuss und ein Drittel Kreisschulbaukasse), der II. Bauabschnitt erfolgt 2010 mit 1,1 Mio. Euro.

Teilhaushalt 65 - Gebäudemanagement

3079 - Akustik Kursaal Auszahlung: 20.000 €

Durch die Anbringung von Schabracken sollen die Nachhall-Zeiten gesenkt werden.

3080 - Vorbeugender Brandschutz GS Rostrup Auszahlung: 215.000 €

Um die gesetzlichen Vorschriften einhalten zu können, sind Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes durchzuführen.

3082 - Erweiterung Fahrradabstellanlage Bahnhof Auszahlung: 30.000 €

Aufgrund der großen Nachfrage zur Nutzung einer abschließbaren Fahrradabstellanlage soll diese erweitert werden.

Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Grünflächen

3015 - Ausgleichsmaßnahmen Auszahlung: 100.000 €
Einzahlung: 5.000 €

Pauschaler Ansatz für mehrere durchzuführende Ausgleichsmaßnahmen, u. a. als Ausgleich für ca. 7 ha Tauschfläche, die infolge der Aussiedlung des Betriebes „Wemken“ im Industriegebiet weggefallen sind. Die Ausgleichsmaßnahmen werden unter Regie des Landkreises Ammerland im Flurbereinigungsgebiet Fintlandsmoor durchgeführt.

3027 - Sanierung von Straßen, Rad- und Fußwegen Auszahlung: 230.000 €

Saniert werden sollen die Straßen Steinfeld in Ebern (ca. 110.000 €) und zwei Teilschnitte des Woldweges (ca. 120.000 €).

3030 - Erschließung BP 108 „Südlich Mastenweg“ Auszahlung: 130.000 €

Der ursprünglich für 2010 vorgesehene Endausbau wurde bereits auf 2011 verschoben, da noch nicht ausreichend Bauplätze bebaut waren. Inzwischen ist aber der größte Teil der Grundstücke bebaut, so dass der Endausbau für 2011 vorgesehen ist.

3060 - Straßensanierungsprogramm Profil Auszahlung: 100.000 €
Einzahlung: 42.000 €

Pauschaler Ansatz: Es wurden mehrere Förderanträge im Rahmen des Profil-Programmes gestellt, über die voraussichtlich erst im März/April 2011 entschieden werden wird. Anträge wurden gestellt u. a. für Teilabschnitte der Hermann-Löns-Straße, Richtmoorstraße und Wildenlohlinie. Ein entsprechender Einnahmeansatz in Höhe von 42.000 € (= 50 % der Nettobaukosten) wurde im Haushalt 2011 eingestellt.

3068 - Sanierung Portsloger Damm Auszahlung: 600.000 €

Geplant ist die Sanierung eines Teilabschnittes des Portsloger Dammes im Bereich der Alpenrosenstraße bis zum Birkenweg. Dieser Abschnitt ist sehr stark befahren und befindet sich in einem sehr schlechten Zustand, der einer dauernden Unterhaltung bedarf. Erst vor kurzem musste der Streckenabschnitt aufgrund neuer Versackungen (Moorstraße) für einige Zeit voll gesperrt werden.

Diese Ausgabe steht unter dem Vorbehalt eines positiven Förderbescheides nach dem Einflechtgesetz (früher: GVFG). Ein Antrag wurde gestellt. Der Ausgabe stehen Einnahmen in Höhe von 360.000 € (= 60 % der Bruttobaukosten) gegenüber. Da damit zu rechnen ist, dass die Einnahmen nicht zeitgleich mit den Ausgaben zur Verfügung stehen werden, wurden diese im Investitionsprogramm für 2011 eingeplant.

Verpflichtungsermächtigungen

Es ist die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung über 450.000 € für das Jahr 2012 für die Erschließung des Bebauungsplanes Nr. 140 „Südlich vor dem Moor“ vorgesehen.

Investitionsprogramm 2010 bis 2014

Mit dem Haushalt ist auch eine fünfjährige Investitionsplanung zu beschließen. Die Investitionsmaßnahmen sind bis zum Jahr 2014 aufzuführen. In erster Linie sind dies bereits begonnene oder beschlossene Maßnahmen. Teilweise wurden dringende Maßnahmen im Investitionsprogramm zeitlich gestreckt und ausgeplant, um die Verschuldung in Grenzen zu halten.

Folgende Ausgaben wurden in das Investitionsprogramm aufgenommen oder zeitlich verschoben (ohne Investitionen aus dem Haushalt 2011):

Teilhaushalt 23 - Liegenschaftsförderung und Liegenschaften

1004 - Ankauf von Industrieflächen

2012: 85.000 €

Teilhaushalt 32 - Bürgeramt

2029 - Umstellung auf Digitalfunk

2012: 77.000 €

2030 - Fahrzeug Feuerwehr Petersfehn (TLF 10/20)

2012: 145.000 €

2013: 145.000 €

Teilhaushalt 65 - Gebäudemanagement

3100 - Sanierung Sanitäreanlagen TH Rostrup

2012: 110.000 €

Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Grünflächen

3010 - Ausstattung Kinderspielplätze

2012: 15.000 €

2013: 15.000 €

2014: 15.000 €

3006 - Eingrünung Gewerbegebiet Haarenstroth

2012: 40.000 €

3009 - Erschließung Brokhauser Weg

2014: 350.000 € (Auszahlung)

140.000 € (Einzahlung)

3016 - Dorferneuerung Elmendorf/Helle

2012: 100.000 € (Auszahlung)
42.000 € (Einzahlung)

2014: 50.000 € (Auszahlung)
21.000 € (Einzahlung)

3024 - Erweiterung Industriepark

2012: 600.000 €
2013: 810.000 €

3046 - Erschließung BP 145 „Südlich Mittellinie“

2012: 395.000 €

3049 - Flurbereinigungsverfahren Fintlandsmoor

2012: 220.000 €
2013: 220.000 €

3057 - Erschließung BP 134 Rostruper Esch

2013: 280.000 €

3099 - Erschließung BP „Sportplätze Rostrup“

2012: 200.000 €

Teilhaushalt 68 - Baubetriebshof

3091 - Bagger

2013: 26.000 €
2014: 70.000 €

3093 - Großflächenmäher

2012: 65.000 €

3094 - Hako-Schlepper

2012: 36.000 €

3095 - Schlepper

2013: 95.000 €

3098 - Sozialraum Baubetriebshof

2014: 150.000 €

Finanzplan

Eine eigene separate Finanzplanung wie in der Kameralistik gibt es in der Doppik nicht. Die Finanzplanung wurde direkt bei den Produkten vorgenommen.

Finanzplan 2010 bis 2014

	2011	2012	2013	2014
	T/€	T/€	T/€	T/€
Jahresergebnis Ergebnishaushalt	421,70	2.393,80	3.103,70	3.542,70
Jahresergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit (Finanzhaushalt)	1.511,00	3.565,30	4.363,40	4.867,30
	Schuldendienst			
Zinsen	1.392,00	1.316,80	1.331,50	1.356,20
ordentliche Tilgung	1.699,50	1.760,40	1.871,40	1.940,10

Beschlussvorschlag:

1. Der Haushaltsplanentwurf 2011 und das Investitionsprogramm 2010 bis 2014 werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Entwurf soll Grundlage für die Fachausschussberatung sein und anschließend erneut im WuFF beraten werden. Den Fachausschüssen wird empfohlen, sich im Rahmen des vorgelegten Entwurfes zu bewegen.

Externe Anlagen:

1. Doppischer Budgetplan 2010
2. Investitionsprogramm
3. Produktbeschreibungen der wesentlichen Produkte
4. Übersicht über die Hebesätze
5. Auflistung der wesentlichen Daten